

Litauen

Wim van Meurs

Die Europawahlen im Juni 2009 zeigten auch in Litauen die europaweite Rechtsverschiebung: Sieger war der konservative Vaterlandsbund mit 27 Prozent vor den Sozialdemokraten mit 19 Prozent und der Partei Ordnung und Gerechtigkeit mit 12 Prozent. Drei kleineren Parteien (u.a. die Arbeitspartei von Viktoras Uspaskichas) folgten mit jeweils ca. 8 Prozent und markierten so die Zersplitterung der Parteienlandschaft Litauens. Nach den Wahlen wurde beschlossen, dass Finanzminister Algirdas Šemeta die EU-Kommissarin Dalia Grybauskait ersetzen wird, die im Mai zur Präsidentin Litauens gewählt wurde. Ihr großer Wahlsieg (68,2 Prozent in der ersten Runde) bestätigte die Rechtsverschiebung in der litauischen Politik, die sich bereits im Vorjahr bei den Parlamentswahlen abgezeichnet hatte. Anders als bei den Parlamentswahlen entschieden die Litauer sich in der Finanzkrise für das mit realer Macht ausgestattete Präsidentenamt für eine ehemalige Finanzministerin, die nicht für populistische Rhetorik, sondern für eine konsequente Austeritätspolitik steht.¹

Gegenüber der Tatsache, dass im Jahre 2009 Litauer weltweit das Millennium feierten – tausend Jahre seit der ersten urkundlichen Erwähnung des Namens Litauen – mögen diese vorübergehenden politischen und wirtschaftlichen Krisen unbedeutend erscheinen. Auch die Ehre von Vilnius, im gleichen Jahr europäische Kulturhauptstadt zu sein, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich für das kleine Land eine schwere sozialwirtschaftliche Krise anbahnt und dass die Handlungsfähigkeit der Politik ungewiss erscheint.

Innenpolitik

Die Parlamentswahlen am 12. und 26. Oktober 2008 führten nicht unmittelbar zu klaren Verhältnissen: Die drei konservativen Parteien Vaterlandsunion, Ordnung und Gerechtigkeit und die Auferstehungspartei waren die Sieger mit 20, 13 und 15 Prozent. Sie plädierten im Wahlkampf für eine EU-kritischere Haltung und ein unerschrockenes Eintreten für Litauens nationale Interessen. Die seit 2001 regierenden Sozialdemokraten endeten abgeschlagen mit 12 Prozent. Dank der Direktmandate erhielten die Sozialdemokraten 25 von 141 Parlamentssitzen und die Vaterlandsunion 45, aber die beiden anderen Sieger nur 15 und 16. Generell ist das Vertrauen der Litauer in die Politik auf einem Tiefpunkt angelangt. Gleiches gilt für die Wahlbeteiligung (49 Prozent): Kurz vor den Wahlen hatten 74 Prozent der Wahlberechtigten laut Umfrage kein Vertrauen in die Regierung, 84 Prozent sogar nicht ins Parlament.²

Die neue konservative Regierung von Andrius Kubilius verfügt über eine hauchdünne Mehrheit mit 72 von 141 Stimmen im Seimas und besteht aus drei Parteien: die Vaterlandsunion als größte sowie die Partei der Wiederauferstehung des Volkes und die Liberale Bewegung als Juniorpartner. Das Wahlergebnis zeigt, dass alle etablierten Volksparteien in Schwierigkeiten sind und dass die Wähler en masse populistischen Protestparteien den Vorzug geben.³ Neue Konflikte scheinen vorprogrammiert – zwischen dem politischen Establishment und Neulingen wie Uspaskichas oder Arnas Valinskas von der Auferstehungspartei oder zwischen der zielstrebigen Präsidentin und dem selbstbewussten Premier.

1 Liberation (19.05.2009); EurActiv (18.05.2009).

2 Deutsche Welle (11.10.2008).

Wirtschaft und Außenhandel

Über das Jahr 2008 deuteten die makroökonomischen Indikatoren für die litauische Volkswirtschaft eher noch auf Überhitzung als Krise: Im Vergleich zum Vorjahr stieg das BIP um 14 Prozent (pro Kopf PPP sogar um 26 Prozent), die Inflation verdoppelte sich von 6 auf 11 Prozent, während die Arbeitslosenquote von 4,3 auf 5,8 Prozent stieg. Ein weiteres Indiz für die Weltfinanzkrise war jedoch bereits der substantielle Rückgang der Auslandsinvestitionen von 1,5 Mrd. Euro auf 1,2 Mrd.⁴ Das erste Quartal 2009 schloss aber im Vergleich zum Vorquartal mit einem BIP-Minus von 10,5 Prozent und geschätzten 18 Prozent für das Jahr 2009.⁵ Durch die Folgewirkungen der Weltfinanzkrise kam es in Litauen im Januar 2009 zu sozialen Unruhen. Im Januar 2009 belagerten tausende von den Gewerkschaften mobilisierte Demonstranten das Parlamentsgebäude.⁶ Nichtsdestotrotz hält die Regierung Kubilius an ihrer Krisenstrategie fest – höhere Steuern und Sparmaßnahmen. Die Reduzierung der Lohnkosten im Staatsdienst um 10 Prozent und die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um 2 Prozent sind drastische Maßnahmen, die aber notwendig sind, um ein zu großes Haushaltsloch zu vermeiden. Obwohl der Zusammenhang zwischen den *currency boards* der baltischen Staaten und ihren überdurchschnittlichen Krisenerscheinungen unter Ökonomen umstritten ist, weigert sich die Regierung eine Abwertung der Litas gegenüber dem Euro in Betracht zu ziehen.⁷

Außen- und Europapolitik

Besonders nach der Georgienkrise sperrten Litauen und die anderen baltischen Staaten sich gegen eine Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine (strategische) Partnerschaft zwischen Brüssel und Moskau. Dennoch entschlossen sich die EU-Außenminister am 10. November 2008, eine Neueröffnung der Verhandlungen mit Moskau anzustreben.⁸

Auch in der Energiepolitik erweisen sich die Litauer als unbequeme Europäer. Die einst beschlossene Schließung des AKW Ignalina wird regelmäßig neu thematisiert. Ignalina ist verantwortlich für 70 Prozent der Elektrizitätsproduktion Litauens und Vilnius' einziger Schutz gegen ein russisches Energiemonopol, da ein geplantes neues AKW frühestens 2015 ans Netz gehen könnte. Vorerst beharrt die Europäische Kommission auf einer endgültigen Schließung des zweiten Reaktorblocks zum 31. Dezember 2009.⁹ Daran konnte auch ein (unverbindliches) Referendum am 12. Oktober 2008 (am Tag der Parlamentswahlen) nichts ändern, in dem die große Mehrheit der Wähler sich zwar für eine Laufzeitverlängerung aussprach, die Wahlbeteiligung jedoch insgesamt zu gering war. Das Referendum war ohnehin sehr umstritten, da Litauen sich mit dem EU-Beitritt verpflichtet hat, das AKW firstgerecht abzuschalten – von einer Revision dieser Entscheidung durch das Parlament kann somit keine Rede sein. Litauen sperrt sich außerdem mit einigen anderen neuen Mitgliedstaaten gegen die Maßnahmen der Kommission zur CO₂-Emissionsbegrenzung.

3 Wie etwa der kurz vor den Wahlen von Medienstars gegründeten Partei der Wiederauferstehung des Volkes oder der zweitstärksten Partei, die Arbeitspartei des schillernden russischen Millionärs Viktoras Uspaskichas, oder auch der Partei Ordnung und Gerechtigkeit des skandalumwitterten ehemaligen Präsidenten Rolandas Paksas. *Le Monde* (25.10.2008); *Deutsche Welle* (13.10.2008).

4 Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), www.wiiv.ac.at.

5 *International Herald Tribune* (09.07.2009).

6 *EurActiv* (29.01.2009).

7 *Financial Times* (19.06.2009) und (13.07.2009).

8 *EurActiv* (11.11.2008).

9 *EurActiv* (13.10.2008); *Financial Times* (02.12.2008); *Deutsche Welle* (08.10.2008).